



2. Juli 2021

z. Hd.

Simonetta Sommaruga, Bundesrätin - UVEK

Adrienne Corboud Fumagalli, Präsidentin - Eidgenössische Kommunikationskommission ComCom

Anne Lévy, Direktorin Bundesamt für Gesundheit BAG

Katrin Schneeberger, Direktorin des Bundesamts für Umwelt BAFU

Urs Schaeppi, Chief Exekutive Officer - Swisscom AG

Dr. Pascal Grieder, Chief Exekutive Officer - Salt Mobile SA

André Krause, Chief Exekutive Officer - Sunrise Communications AG

Peter Grütter, Präsident - Schweizerischer Verband der Telekommunikation (ASUT)

Christian Grasser, Geschäftsführer - Schweizerischer Verband der Telekommunikation (ASUT)

National & Ständerat | BPUK | Kantons- und Regierungsräte | Gemeinden | Medien

Stellungnahme zum Swissinfo Artikel vom 24.06.2021

„Telekombranche will Hilfe vom Bund bei Aufklärung über 5G-Risiken“

Die Telekombranche fordert mehr Unterstützung vom Bund bei der Aufklärung über die Gesundheitsrisiken der neuen Mobilfunktechnologie 5G. (swissinfo.ch/Keystone-SDA)

Bemerkung zu vorliegender Arbeit: Zu Gunsten einer übersichtlicheren Textgestaltung verzichten wir weitgehend auf eine Referenzierung und entsprechende Angaben von Primärquellen. Die gemachten Aussagen zur Stellungnahme können jederzeit nachgeprüft und mit den entsprechenden Dokumenten bzw. Fakten verifiziert werden.

Gesamtübersicht

Der Gegenwind, verursacht durch bestens informierte 5G-Kritiker, kam unerwartet und bringt den Zeitplan für die 5G-Einführung durcheinander. Die Mobilfunkbetreiber und der Bund haben nicht mit einem derart massiven Widerstand der Bevölkerung, Gemeinden, Städten und einzelner Kantone gegen die Einführung des neuen Mobilfunkstandards gerechnet. Der Bund zusammen mit der Mobilfunkindustrie, scheinen schon seit einiger Zeit ziemlich am Anschlag zu sein. Ohne zweifelhaft und zum Teil sogar widerrechtliche Aktionen, vielmals auch assistiert von der ASUT Lobby (Schweizerischer Verband der Telekommunikation), regelmässigen Briefings der Politiker/innen mit systematischer Falschinformation und das Koordinieren mit vorgespannten Leitmedien, würde es in Causa 5G Funkmobilität kaum mehr vorwärtsgehen. Dabei wird auch nicht von Rufmord in SRF und DRS Sendungen und Zeitungsberichten zurückgeschreckt und dabei mit allen Mitteln die Mobilfunkkritiker verunglimpft, verleumdet oder sonst öffentlich lächerlich gemacht.

Die Telekombranche fordert nun mit Ihrem jüngsten Hilfeschrei (swissinfo.ch/Keystone-SDA Medienbericht vom 24. 6. 2021) zusammen mit dem Vorstoss der Fernmeldekommission vom Bund (Medienbericht vom 12.5.2021) wiederholt eine „sachliche“ Aufklärung der Bevölkerung zu 5G, also eine erneute, gezielte Deformationskampagne.

Beim Thema 5G in der Schweiz wird politisch hauptsächlich um die Grenzwerte debattiert. Denn ohne diese zu erhöhen, wird insbesondere die zweite Phase der 5G-Einführung in der Schweiz praktisch verunmöglicht. Die im Februar 2021 veröffentlichte [Vollzugsempfehlung des Bundes](#) ist



dabei das Paradebeispiel eines miesen Tricks, mit dem die Mobilfunkindustrie zusammen mit dem Bund basierend auf einem Hypothesen und Falschangaben beruhenden Mess- und Berechnungsverfahren elementare Grundrechte bezüglich Immissionsschutz und Schutz des Privateigentums zu unterlaufen versucht. Dass diese durch die Hintertür ermöglichte Erhöhung der Grenzwerte so schnell von den 5G-Kritikern entlarvt wird, bevor sie richtig eingeführt wurde, erschwert die Sache bezüglich Durchsetzung des Zeitplans zusätzlich. Da helfen auch die Beteuerungen des Bundesrates nichts, dass das zweimalige Nein des Ständerates gegen eine Grenzwerverhöhung respektiert werde und das bisherige Schutzniveau aufrechterhalten bleibe. Mit dieser Vollzugsempfehlung hat der Bundesrat ganz klar sein Wort gebrochen.

Was dem Bund und den meisten Politikern in der Schweiz auch noch nicht so eindeutig bewusst sein dürfte, ist die Tatsache, dass wir als Nation mit abendländischer Kultur dem Beispiel der Chinesen mit dem Einsatz ihrer 5G-Technologien "à la George Orwell" niemals folgen werden, denn China als kommunistischer Staat verfügt über keine Bundesverfassung mit Gesetzgebung und muss sich nicht durch Grundrechte ihrer Bürger einschränken lassen, wie dies in der Schweiz der Fall ist bzw. absolut noch sein sollte.

Der Bund und das Bundesamt für Umwelt (BAFU) verfügen nach wie vor über kein taugliches Qualitätssicherungs-System, wie dies vom Bundesgericht in seiner Entscheid vom 3. September 2019 festgestellt wurde. Das QS-System soll überprüfen, ob die in der Verordnung vorgeschriebenen Grenzwerte für die nichtionisierende Strahlung (NISV) eingehalten werden. Das BAFU wurde vom Bundesgericht angewiesen, schweizweit zu kontrollieren oder kontrollieren zu lassen, ob die Qualitätssicherungssysteme der Mobilfunkbetreiber bei tausenden von Mobilfunkantennen in der Schweiz ordnungsgemäss funktionieren. Dies alleine ist ein schuldhaftes Tun gegenüber den Steuerzahlern (Bürgern) und zeigt auf, dass der Bund und die meisten Kantone mit ihren „Experten“ und Beamten vollkommen überfordert und für ihr Amt offenbar unzureichend qualifiziert sind. Das BAFU hatte in einem Medienbericht nämlich verlauten lassen, dass es nicht wisse, wie und bis wann es den Bundesgerichtsentscheid umsetzen werde. Für die neuen adaptiven 5G-Antennen gibt es also immer noch kein QS-System. Dies ganz einfach deshalb, weil es bis heute keine Messgeräte gibt, die diese Strahlung im laufenden Betrieb messen können und keine brauchbaren, seriösen Abnahmemessungen möglich sind.

Telekombranche will Hilfe vom Bund bei Aufklärung über 5G-Risiken

Die Telekombranche fordert mehr Unterstützung vom Bund bei der Aufklärung über die Gesundheitsrisiken der neuen Mobilfunktechnologie 5G. Dazu gebe es 4000 bis 5000 Studien, sagte Swisscom-Chef Urs Schaeppi am Donnerstag an einer Branchenveranstaltung des Telekomverbandes Asut.

Wie die Telekombranche, fordern die 5G-Kritiker seit Jahren genau das selbe und bekommen keine Unterstützung, obwohl die Fakten der Gesundheitsrisiken bekannt sind und die Aussagen der Kritiker klar bestätigen. Statt dessen werden 5G-Kritiker und renommierte, unabhängige Wissenschaftler von öffentlich Debatten ausgeschlossen, in den Leitmedien zensiert, verunglimpft und belächelt. Über [33,600 publizierte Studien und 6,910 Zusammenfassungen](#) (von den 33.600 Studien im *emf-portal* sind lediglich ca. 1600 zu den Frequenzen des Mobilfunks, das wird im Portal selbst extrahiert. Davon zeigen ca. 900 biologische Effekte. Von diesen 900 Studien wurden durch ca. 500 analysiert, ca. 480 weisen Gesundheitsschäden nach, siehe *emfdata.org*) beweisen biologische Schäden an Mensch, Tier und Pflanzen, welche 2,5 Mal häufiger Hinweise auf biologische

Wirkungen und Gesundheitsrisiken aufzeigen als die von der Industrie finanzierten Studien. Die aktuelle, potentiell gefährliche und ungetestete 5G Funktechnologie ist dabei lediglich rudimentär erwähnt, weil es da noch keine fundierten Langzeitstudien gibt. Dort wo diese allerdings aufgeschaltet wurden, bekommen wir täglich Berichte von Ärzten, Biologen und betroffenen Geschädigten, welche uns en detail über die schädlichen Wirkungen der 5G Beams berichten.

Wir reden von unabhängigen Studien, die biologische Auswirkungen sowie potentielle und tatsächliche Gesundheitsschäden aufzeigen, welche durch die Folgen von elektromagnetischer Strahlungen und über Fakten die aus Gerichtsurteilen kommen (Europäischer Gerichtshof, Italien, Kanada, USA, Indien etc.), die in unserem Land wegen der Marktmacht derTelekombranche leider nie erwähnt werden.

Als Beispiel seien hier die folgenden zwei Zitate aus dem Urteil des Berufungsgerichts Turin, 904/2019 Romeo gegen INAIL erwähnt:

„Wissenschaftler, die von der Telefonindustrie oder den Mitgliedern der ICNIRP finanziert werden, sind weniger zuverlässig als unabhängige Wissenschaftler.“

„die Autoren der vom INAIL aufgeführten Studien Mitglieder der ICNIRP sind direkt oder indirekt von der einschlägigen Branche finanziert worden.“

Herr Dr. Henry Lai, emeritierter Professor an der University of Washington hat vor dem amerikanischen Kongress zu Protokoll gegeben, dass sämtliche (nicht von den Telekomgiganten finanzierten) zwischen 1990 und 2020 durchgeführten Studien zu den Auswirkungen von Mobilfunk (1G, 2G, 3G, 4G) signifikante Gesundheitsrisiken wie DNA-Schäden (64%) neurologische Effekte (72%), oxidativen Stress (90%) und daraus resultierende akute Gesundheitsschäden an Mensch, Tier und Pflanzen ergaben.

Wegen der unumstösslichen der Allgemeinheit vermehrt bekannten Faktenlage wird es dem Bund und der Telekombranche nicht gelingen, durch einseitige von der Industrie finanzierten und getürkten pseudowissenschaftlichen Studien Unbedenklichkeit zu suggerieren, um damit die wahrheitsgetreuen und eingängig bekannten Gesundheitsrisiken zu leugnen.

[“Strahlenforschung“ und der Kult der negativen Ergebnisse](#)

"Warum kommuniziert nicht einmal die zuständige Behörde über die Gesundheitsstudien?"

Dann hätten die Gemeindebehörden Argumente in der Diskussion mit der lauten Minderheit der 5G-Gegner auf den Gemeindeversammlungen.

"Wenn ich über Gesundheit rede, sagen alle, der spricht aus Eigennutz", so der Swisscom-Chef.“

Wie kompetent ist den unsere verantwortliche Behörde wirklich und was wissen jene Beamten eigentlich über die wissenschaftlich fundierten (und nicht mit Interessenkonflikten kontaminierten) Gesundheitsstudien? Prof. Dr. Martin Rösli als Leiter der Beratende Expertengruppe NIS ([BERENIS](#)) verfügt bsp. über kein für die Beurteilung von Gesundheitsfolgen durch Mobilfunkstrahlung notwendige Medizin,- Biologie- oder Physikstudium. Diese Tatsache alleine sollte eine Anregung für Änderungen beim zuständigen Bundespersonal und ihrer Mandanten sein. Vor allem äussern sich hier Bedenken in Sachen Befangenheit, Willkür sowie Korruption, nachdem die BERENIS Mitglieder Prof. Dr. Meike Mevissen und Dr. David Schürmann Ihre eigene [Übersichtsstudie vom 6. April 2021](#) veröffentlicht haben, welche nun doch substantielle biologische Gesundheitsschäden durch EMF/RF Strahlung bestätigt.

Wer bestimmt hier wohl, wie gross die laute Minderheit ist? Oder aus welcher Überzeugung macht der Swisscom-Chef Urs Schaeppi solche selbstüberzeugende Kommentare? Auf Grund von [öffentliche Studien](#), sind die 5G Kritiker (Bürger wie auch Gemeinden und Kantone) schon seit 2019 situativ in der Mehrheit und ihre Anzahl vermehrt sich sukzessive dank der stetigen Publikation von wahrheitsgetreuen, wissenschaftlich evidenzbasierten Gesundheitsstudien und Gerichtsentscheiden.

Es stellt sich die berechtigte Frage, weshalb der Bundesrat weiterhin auf einen Epidemiologen wie Prof. Dr. Martin Rösli als Leiter der Beratende Expertengruppe NIS (BERENIS) setzt, der in seinem Amt nicht qualifiziert ist, ein unwissenschaftliches Studiendesign anwendet und mit diversen Interessenkonflikten verstrickt ist? Weshalb macht Herr Rösli weiterhin Aussagen wie z. B. „*Elektrosensibilität ist eine Selbstdiagnose. Sie lässt sich nicht objektivieren. Im Blut lassen sich keine Auswirkungen messen.*“, nachdem seine eigenen Mitglieder der Expertengruppe, seine befangene Aussagen mit der Übersichtsstudie vom 6. April 2021 zu 100% wiederlegten? Wieso, ist Prof. Dr. Martin Rösli immer noch im Amt?

Die meisten der negativen EMF-Studien (die keine Effekte aufzeigen), werden direkt oder vor allem indirekt (NGO's und Stiftungen) von der Telekombranche bezahlt. Dabei versucht die Industrie, die EMF-Forschung zu kontrollieren (bsp. durch direkte Projektgelder an die Forschungsabteilungen der ETH Zürich und des EFPL) um zu suggerieren, dass Mikrowellen assen bei hoher Exposition, im Wesentlichen harmlos seien. Die Förderung und Inszenierung solcher unwissenschaftlicher, einseitiger Studien gehört seit langem zum Strategiekasten der Telekomfirmen sowie

	<p>der Grossindustrie (inkl. der Stromgiganten). Das Hauptziel ist dabei die Manipulation der Behörden, des Parlaments, der Medien sowie der Bevölkerung. Durch den Einsatz von professionellen PR Büros und eigenen Lobbygruppen (wie bsp. der ASUT) werden dann die Halbwahrheiten konzertiert und skrupellos verbreitet. Schliesslich geht es um viel viel Geld und Kontrolle!</p>
<p><i>"Wir schaffen es nicht, die Diskussion zu versachlichen. Da sollte der Bund eine Rolle übernehmen", sagte Schaeppi."</i></p>	<p>Ohne fortgesetzte und gezielte Täuschung der Bürger über die gesundheitlichen Gefahren aus Mobilfunk, wird die Implementierung von 5G nicht wirklich voran kommen und weiterhin auf massiven Widerstand stossen. Der Bund und vor allem die Telekommunikationsunternehmen in der westlichen Welt müssen endlich verstehen, dass die Einführung einer neuen Technologie wie 5G viel transparenter und nachhaltiger geschehen muss. Also können sie nicht einfach blind dem kommunistischen China als führendes 5G-Land nacheifern. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Schweizer Regierung und deren Informationspolitik wurde in der letzten Zeit ohnehin ziemlich arg strapaziert.</p> <p>Dennoch ist nicht alles schlecht, wenn wir von der Digitalisierung sprechen, denn die meisten Leute befürworten grundsätzlich Innovation und wirtschaftliche Entwicklung. Wenn damit aber die Gesundheit und auch die Freiheit der Bürger aufs Spiel gesetzt wird, was ja bereits seit Einführung von 2G, 3G, 4G und jetzt vor allem mit der Mobilfunktechnologie 5G geschieht, ist der Preis für diesen sogenannten Fortschritt definitiv zu hoch.</p> <p>Es ist absolut fahrlässig, Technologien einzuführen, mit dem Hauptzweck, die wirtschaftlichen Interessen einzelner Wirtschaftszweige sowie die Überwachung und Kontrolle über die Bürger zu ermöglichen. Gemäss einer Umfrage sind die Unternehmen nämlich gar nicht an flächendeckendem 5G interessiert, ausser eben die Mobilfunkfirmen. Es stimmt also nicht, dass der Mobilfunk in der fünften Generation unverzichtbar für die Wirtschaft ist. Die Antwort liegt also ganz klar in Glaskabel und LiFi Infrastruktur (Möglichkeit drahtloses Internet über optisches, also sichtbares, sowie IR-LED-Licht zu übertragen) und nicht Mobilfunk zusammen mit dem massiv schädlichen „small cell“ Ausbau.</p> <p>Die Behauptungen von Herr Schaeppi (ohne fachlich fundierte Begründung) werden nicht wahrer, wenn diese immer wieder auch in den Leitmedien rezitiert werden. Der Vertrauensverlust im Volk wird durch diese einseitige Verklärung lediglich grösser. Der Bund darf jetzt aus guten Gründen die Industrie mit ihrer 5G</p>

Propaganda in Sachen Unbedenklichkeit der Gesundheitsschäden nicht mehr weiter unterstützen, denn die Wahrheit belegt durch Fakten zeigt heute eindeutig das Gegenteil auf.

Sunrise-Chef: Falsche Argumente ohne Widerspruch

Ins selbe Horn stiess Sunrise-Chef André Krause: Der Bund hätte der Bevölkerung erklären müssen, was 5G eigentlich sei und was es nicht sei. *"Viele Fakten sind verdreht. Das 5G-Netz strahlt viel weniger als das 4G-Netz und es strahlt nicht permanent."*

Während Swisscom, Salt und Sunrise in den Baugesuchsunterlagen durchwegs Sendeleistungen von 50-250 Watt ERP deklarieren, spricht der Antennenhersteller ERICSSON in den Verkaufsprospekten weiterhin von 25'000 Watt ERP! Wem sollen wir denn jetzt glauben? Wir wissen, dass es kein unabhängiges und verlässliches QS System gibt, welches die Antennen seriös unter Kontrolle hat.

Wenn wir die elektrische Seite in V/m verdoppeln, wächst die Leistungsflussdichte um das 4-fache und die Sendeleistung muss um das 4-Fache erhöht werden; 4 Mal höhere Feldstärke in V/m bedeutet 16 Mal stärkere Mobilfunksender!

In einem Sektor von 120° gab es bisher nur eine Strahlenkeule (oder Beam) pro Funkdienst. Im MIMO-betrieb werden es mindestens 64 sein, 8 neben und 8 übereinander.

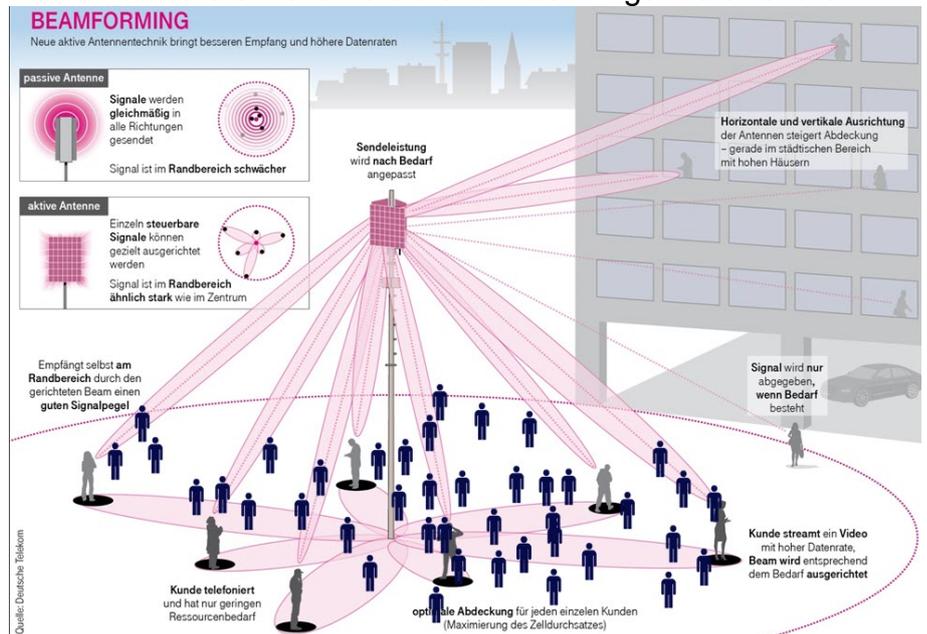
Die NISV verlangt, dass mit der maximal möglichen Sendeleistung bei maximal möglichem Datenverkehr gerechnet werden muss. Das sind 25'000 Watt ERP. Selbst wenn man den üblichen Gebrauch als Maximum nehmen würde, wären das immer noch 5'500 Watt ERP und niemals nur 50-300 Watt ERP wie in den Standortdatenblättern fälschlicherweise deklariert wird.

Wir bekommen also bei einer Entfernung zwischen 18 und 25m, das ist dort wo die ersten Orte empfindlicher Nutzung stehen und demnach ein Grenzwert von 5V/m gilt, Werte zwischen 32 und 48V/m. **So etwas darf niemals toleriert werden!**

5G weist gegenüber bisheriger Mobilfunkstrahlung folgende Merkmale auf:

- Extrem höhere Sendeleistungen und dadurch situativ extrem höhere Immissionen
- Weitaus höhere Funk-Frequenzen (adaptive Antennen erst ab 3400MHz)
- 3400MHz soll flächendeckend mit solch hohen Sendeleistungen, wie bisher noch nirgends angewendet, aufgeschaltet werden? !
- Schlimmst mögliche, völlig chaotische Pulsierung mit

Flankensteilheiten die bisher noch nirgends existieren.



Was aber niemals von der Pro 5G-Konsorte erwähnt wird, ist folgendes:

- Bis zu **1'200 Empfänger** können je 5G-Antenne mit Data-Beams (8 x serial hintereinander) „bedient“ werden.
- Signalisierungs-Beams (4 x Sektor) pro adaptive 5G-Antenne tanzen 24 Stunden durch 3D vertikal und horizontal EMF Bestrahlung um Endgeräte zu lokalisieren.
- Reduktionsfaktor (Pausen): Nutzung von Mittelwert, nicht dem Spitzenwert (Höchstwert/Höchstdatenmenge), wie von der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV) verlangt.
- Auch Personen ohne Bezug von Telecom-Dienstleistungen werden bestrahlt, wenn sie sich im Kegel des Beams befinden (potentiell **Geschädigte durch das Streaming anderer Personen**).

Diese laute Minderheit bringe immer wieder falsche Argumente vor und tue dies ohne Gegenrede. Damit habe sie es geschafft, eine Stimmung entstehen zu lassen, dass *"wir heute bei der Strahlenverordnung keine sinnvolle Diskussionen mehr führen können"*, sagte Krause. Viele Politiker würden heute

Die laute Minderheit (die wir gut vernetzte Mobilfunkkritiker nennen) verfügen heute bereits über die kompetenteren Fachleute als Bund und Kantone.

Nebst den aussagenden [Verwaltungsgerichtsentscheiden](#) aus den Kantonen ZH und BE, wird es weitere Gerichtsfälle (12+) geben. Bis diese erledigt sind, wird es Jahre dauern und derweilen kann nicht gebaut werden. Durch erstmalige inhaltliche und technische Auseinandersetzung, gab das Verwaltungsgericht den „Mobilfunkgegnern“ recht und entscheidet gegen Swisscom.

diese Diskussionen scheuen, weil sie nicht in einen Graben treten wollten, aus dem sie nicht mehr herauskämen.

Das Verwaltungsgericht bestimmt auch, dass 5G-Beamforming-Antennen nicht wie herkömmliche Antennen behandelt werden können und, dass die Überschreitung der Grenzwerte in angrenzendem Wohnhaus nicht ausgeschlossen sind.

Die Vollzugsbehörden bei Bund und Kantonen haben schon viel zu lange fälschlicherweise die Interessen der Mobilfunkbetreiber vertreten. Wegen der widersprüchlichen, einseitigen und teilweise undifferenzierten Aussagen glauben immer weniger Leute an deren Inhalte. Dieses Vertrauen ist verspielt. Die Bevölkerung, wie auch vermehrt aufgeklärte Politiker/innen fühlen sich grösstenteils belogen und betrogen.

Bakom: Bund hat verschiedene Rollen

Der Direktor des Bundesamtes für Kommunikation (Bakom), Bernard Maissen, erwiderte, der Bund habe zwei Rollen. Einerseits stelle er die Frequenzkonzessionen zur Verfügung. Andere Stellen beim Bund seien für die Gesundheit und die Vorsorge zuständig. **"Das beisst sich ab und zu."**

Es geht doch eigentlich darum, dass eine neue Technologie, so auch die 5G-Mobilfunkgeneration als Basis der [«Strategie Digitale Schweiz»](#) Infrastruktur vor deren Einführung auf die absolute Unbedenklichkeit bezüglich Gesundheit der Menschen, Tiere und die Natur hätte geklärt und ein verlässliches QS-System geschaffen werden müssen. Der Bund zusammen mit ihren Expertberatern und Parlamentarier/innen hat da mit ihrer Kursichtigkeit stückweise versagt. Jetzt machen sich die Verantwortlichen langsam aus dem Staub, um die Verantwortung und Haftung der Telecombranche alleine zu überlassen.

Dank den 5G-Kritikern bekommt der Bund zusammen mit einigen Parlamentarier/innen nun die fehlenden, absolut relevanten Fakten auf den Tisch. Durch die wertvolle BERENIS Übersichtsstudie wissen wir schon heute, dass der derzeit eingeschlagene schnelle und billigste Weg der Industrie vor allem mittel- und längerfristig massive Kosten verursachen und letztlich in einer Sackgasse enden wird. Die zu erwartenden immensen Schäden und Kosten sind nicht nur in Geldwert zu messen, sondern vor allem auch im Hinblick auf die Gefahr der Zerstörung von Leben, Mensch, Tier und Natur.

Zudem **"haben wir das föderale System"**, sagte Maissen. Die Baubewilligungen stelle nicht der Bund zur Verfügung sondern die Behörden in den Gemeinden und in den Kantonen. **"Da sind Leute nah an der Bevölkerung und**

Der 5G Mobilfunk-Ausbau, wie er bislang in der Schweiz durch den Bund und die Mobilfunkindustrie vorangetrieben wurde, kann nur durch weiteren Schwindel, Korruption, Befangenheit und mit Aushebelung der relevanten Grund- und Menschenrechte durchgesetzt werden. Darum scheinen die 5G-Kritiker derzeit die einzigen verantwortungsvoll Denkenden in der ganzen technologischen Bewegung und Weiterentwicklung zu sein. Der Bund, die Kantone und vor allem die Gemeinden haben gemäss

<p><i>vielleicht weniger wagemutig als die Branche selber."</i></p>	<p>Umweltschutzgesetz die volle Verantwortung für den Gesundheitsschutz der Bürger und vor allem der Kinder und Kindes-Kinder wahrzunehmen. Wer das nicht tut, wird dereinst die Konsequenzen dafür zu tragen haben. Der massive Gegenwind gegen die unverantwortliche Branche, kommt vom Lager der 5G-Kritikern durch die „step-by-step“ Sensibilisierung der unabhängigen Politiker und verantwortungsvollen Beamten.</p>
<p>Der Bakom-Direktor spielte den Ball an die Mobilfunkbranche zurück: "Es ist nicht die Aufgabe des Bundes, der Bevölkerung zu erklären, welche Vorteile 5G bringt." Letztlich müssten die Anbieter sagen, was die Vorteile, die Anwendungen und die Gewinne der neuen Technologie seien.</p>	<p>Infolge der aktuellen Ereignisse und neuen Erkenntnissen seit anfangs Jahr (Bestätigung nichtthermischer Schadwirkungen / Gerichtsurteile / rechtswidrige Vollzugsempfehlung) haben die Forderungen in sämtlichen politischen Vorstössen neuen Aufwind bekommen. Wichtiger als die Form der politischen Aktion ist vielmehr, dass möglichst viele Bürger ihren Unmut über die derzeitige Situation kundtun und signalisieren, dass sie unter technologischem Fortschritt nicht verstehen, dass sie Tag und Nacht von nachweislich gesundheitsschädigenden Funkwellen bestrahlt werden, sondern dass nachhaltige Lösungen gesucht werden müssen.</p>

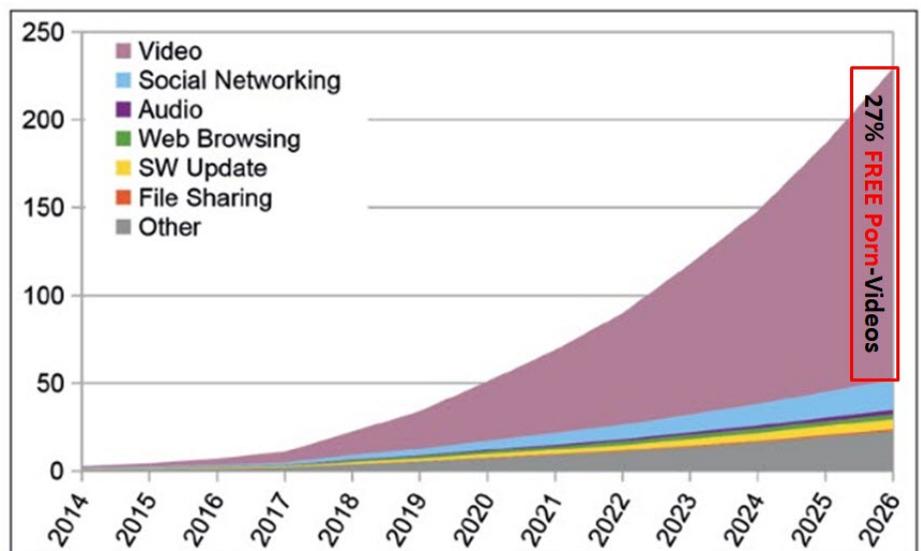
Durchsetzung des Rechts gefordert

<p>Swisscom-Chef Schaeppi forderte vom Bund die Durchsetzung des Rechts. "Es gibt Bundesrechte, die nicht eingehalten werden. Es gibt Baugesuche, die wandern von einem Haufen auf den nächsten und bleiben einfach liegen." Da müsse man zusammen mit dem Bakom Lösungen finden, um die Netze bauen zu können. Andernfalls drohe ein Datenstau.</p>	<p>Verantwortliche im Gemeinde- oder Stadtrat müssen dem Vorsorgeprinzip (die Bundesverfassung steht vollzugshirarchisch über der Gesetzesgebung von Bund und Kanton) folgen, ohne dass sie sich persönlich strafrechtlich haftbar machen. Wenn also eine Aktivität wie der Ausbau der 5G Mobilfunktechnologie eine Gefahr für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt darstellt, sollten Vorsichtsmassnahmen getroffen werden. Dies vor allem umso mehr, weil allfällige Schäden einschlägig bekannt und nachgewiesen sind.</p> <p>Ein Gemeinderat oder Stadtrat der zusammensteht und sich sein Amt zu Herzen nimmt, kann durch das Einhalten des Vorsorgeprinzips jede adaptive 5G Antenne verhindern. Es braucht also weitere Gemeinden und Städte, die den Mut haben, ihrem Amt gerecht zu werden (/ihres Amtes zu walten/ihre Verpflichtung zu Ihren Bürgern/Wählern wahrzunehmen), denn sonst werden wohl die 5G kritischen Bürger ihre Volksvertreter weiter abwählen müssen. Mehr erfahren</p>
<p>Salt-Chef Pascal Grieder sagte: "Ich bin relativ pessimistisch, was unsere Fähigkeit angeht,</p>	<p>Behauptungen können ohne sachlich fundierte Grundlagen nie zu Fakten gemacht werden. Offensichtlich werden weiterhin die monetäre und wirtschaftliche Interessen in den Fokus gestellt und</p>

die breite Masse mit Fakten zu überzeugen. Bis jetzt hat das nicht gut funktioniert. Ich bin überzeugt, dass wir auf einen Datenstau zulaufen."

die Gesundheit der Bevölkerung im Sinne des Vorsorgeprinzips auf's Sträflichste vernachlässigt. Wenn die Industrie weiterhin Halbwahrheiten zitiert und Halbwahrheiten verbreitet sowie Tatsachen bewusst verschweigt, wird sich die unschöne Lage für die Mobilfunkbetreiber nur weiter zuspitzen.

Über ein Drittel vom Video-Datenverbrauch stammt von gratis Pornovideos-Streams. Sind wir wirklich bereit, uns durch diesen unnötigen Mist den gefährlichen Mobilfunkstrahlen auszusetzen und die bereits bekannten Gesundheitsschäden und negativen Auswirkungen über uns ergehen zu lassen?



Weltweiter Datenverkehr für verschiedene Anwendungskategorien in Exabyte pro Monat. Quelle: Ericsson, Nov. 2020

Wir schlagen der Telekombranche vor, dass über die Mobilfunkverbindungen die Video-Auflösungen eingeschränkt werden, Datenmengen für Mobilstreaming neu limitiert werden und bsp. Porno-Videos nur noch durch Kabelverbindung und / oder Bezahldienste zugänglich gemacht werden.

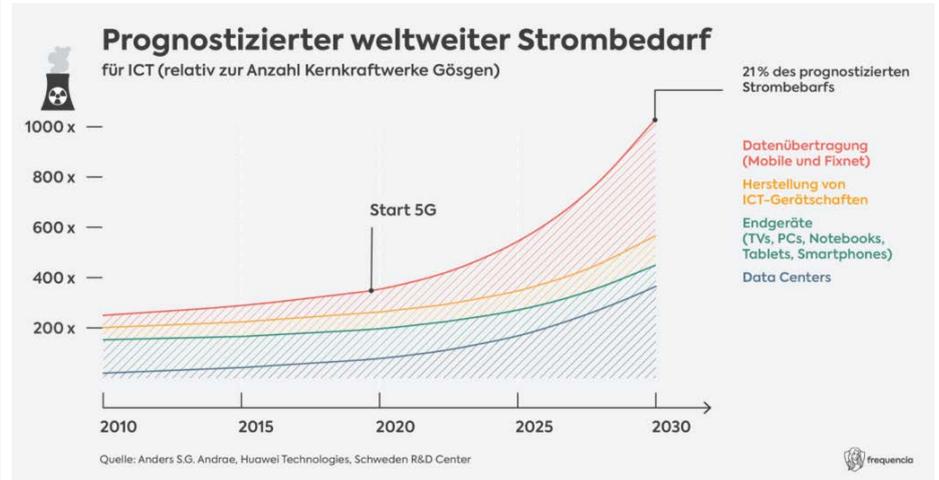
Es besteht auch die Möglichkeit, in bestehende bekannte Technologien zu investieren wie dies andere Länder bereits getan haben. So kann bsp. das 3G Band ausgebaut werden und auch bei 4G besteht ein grosses Einsatzpotential. Wir müssen auch nicht überall „verstrahlt“ werden und digital perfekt erreichbar sein. So erfreuen sich bsp. funkfrie Gegenden und Hotels vor allem bei elektrosmoggeschädigten Menschen grösster Beliebtheit.

In drei Jahren dürfte die Netzqualität nicht mehr so gut sein wie heute. "Es ist wie beim

Gemäss repräsentativer Umfragen besteht weder beim Grossteil der Bevölkerung noch Gewerbe ein wirklicher Bedarf für 5G Anwendungen. Die Nachfrage wird hauptsächlich künstlich durch

Klimawandel. Wir müssen es zuerst spüren, bevor etwas geht", sagte Grieder.

die Telekombranche und ihrer Propaganda-Maschine (Industrie, Lobby, Regierung und Leitmedien) geschürt.



Drahtlose Strahlung beeinträchtigt die menschliche Gesundheit in noch nie dagewesener Weise – und es gibt immer noch KEINE ÖFFENTLICHE DEBATTE wo die unabhängige Wissenschaft mitreden kann!

Was wir allerdings wissen, sind die realen Beschwerden von elektrosensiblen Personen (10,6 % der Gesamtbevölkerung gemäss ETH-Studie 2020), welche jetzt nach objektiven Kriterien diagnostiziert und bestätigt werden können. Mit der Anerkennung von Schadwirkungen im nichtthermischen Bereich ist auch das thermische Grenzwertdogma der ICNIRP und der NISV definitiv überholt, und die Bedingungen für eine Revision des derzeitigen Grenzwertmodells gemäss Umweltschutzgesetz sind erfüllt.

Darum ist es nicht nachvollziehbar und absolut unverantwortlich, dass der Bund anstelle einer Grenzwertrevision nur einen Monat nach dem offiziellen Eingeständnis von Schadwirkungen durch seine eigene Fachgruppe BERENIS eine Vollzugsempfehlung erlässt, die - dessen ungeachtet - eine Erhöhung der geltenden Grenzwerte empfiehlt. Das hierbei neben dem Vorsorgeprinzip offensichtlich auch die Sorgfalts- und Kontrollpflicht aufs Sträflichste verletzt wird, sollte auch den Vollzugsbehörden langsam aber sicher auffallen.

Die folgenden Internetportale www.emf-portal.org , www.emfdata.org , www.emfscientist.org , www.faktencheck-mobilfunkstrahlung.de und www.bioinitiative.org/research-summaries/ zeigen auf, dass es seit Jahren eine Vielzahl an wissenschaftlichen Mobilfunk-, WIFI- und EMF-Studien über schädliche Auswirkungen der Mobilfunkstrahlung gibt, welche nicht mehr länger negiert oder unter den Tisch gewischt werden können.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die zahlreichen durch Einsprachen blockierten Antennenprojekte, die zunehmend mobilfunkkritischen Gerichtsurteile sowie die offizielle und amtliche Bestätigung von Mobilfunk-Schadwirkungen zweifellos als grösster Erfolg für die Mobilfunkkritiker der vergangenen 20 Jahre gewertet werden können. Wenn dies aber die Öffentlichkeit nicht realisiert, so wird versucht, von Seiten der Telekomlobby diese harten Fakten



erneut mit einer orchestrierten Desinformationskampagne der Bevölkerung zu „neutralisieren“. Dies gilt es zu Gunsten von nachhaltigen Lösungen unbedingt zu verhindern!

Es geht uns also nicht darum, die 5G-Digitalisierung per se zu verhindern, sondern darum, zusammen mit den verantwortlichen Akteuren immense Schäden zu verhindern sowie nachhaltige Alternativen und stolperfreie, zukunftsweisende Wege aus der ziemlich verfahrenen Situation zu finden.

Fazit

Unabhängige [renommierte Wissenschaftler](#) sowie aufgeklärte 5G Kritiker schlagen seit längerem vor, Prof. Dr. Martin Rösli als Leiter der beratenden Expertengruppe NIS (BERENIS), wegen Befangenheit, unwissenschaftlichem Vorgehen sowie offensichtlicher fachlicher Defizite in seiner Funktion zu ersetzen bzw. seines Amtes zu entheben. Zur Überprüfung dieses Antrages sollten folgende Fragen gestellt werden: Besitzt Martin Rösli über die geforderten Kompetenzen, um im komplexen Expertengebiet der Funkstrahlung, spezifisch bei der gesundheitsrelevanten, heiklen 5G Mobilfunkstrahlung zu reüssieren? Ist [Herr Rösli der Hauptverursacher](#) für den massiven Diskurs des Bundes und der Mobilfunkindustrie? Sind seine Fehlleistungen und Lernunfähigkeit das Ergebnis infolge willkürlich angewandter wissenschaftlicher Kriterien bei seiner Suche nach der eigenen Wahrheit? Herr Rösli ist zusammen mit den PR Söldnern der Telekombranche wie beschrieben ein gewichtiger Faktor, dass die Chefs der Mobilfunkanbieter mit unlauteren Methoden die Politik sowie den Bund um Unterstützung bitten. Dies kann auch eine Chance sein, das Thema einmal seriös und professionell aufzuarbeiten. Sowieso hätten die Verantwortlichen bei den Behörden die dringend nötigen Abklärungen gemäss dem gesetzlich vorgegebenen Vorsorgeprinzip und Risikoüberprüfung basierend auf bekannten Fakten bereits schon früher in die Wege leiten sollen! Die gesamte Grundlage der vorliegenden ICNIRP-Empfehlungen und der daraus abgeleiteten Expositionsstandards könnte so aufgrund unumstösslicher wissenschaftliche Tatsachen massiv ins Wanken geraten. Die Hauptaufgabe von Martin Rösli scheint es offensichtlich zu sein, solche Eingeständnisse zu verhindern. Wem er dabei dient, ist eine offene allerdings wichtige Frage; es scheint ihm auf jeden Fall weder um das Volkswohl noch um Nachhaltigkeit zu gehen.

Wir sind nun gespannt, ob die von uns erhobenen, qualifizierten Vorwürfe gegen Martin Rösli von den Entscheidungsträgern jetzt ernst genommen werden oder wie bisher weiterhin einfach aus opportunistischen Gründen galant unter Ausschluss der Öffentlichkeit beiseite geschoben werden; den dringend nötigen Handlungsbedarf haben wir nun wiederholt aufgezeigt und werden die Reaktion der zuständigen Volksangestellten mit Argusaugen beobachten. Solange die Wahrheit mit Propaganda und Behauptungen kaschiert werden soll, wird sich die Lage zwischen der Telekombranche und dem Bund sicher nicht ändern, sondern weiterhin massiv verschlechtern. Die verworrene Situation erinnert doch ziemlich stark an die damalige Diskussion um das hoch toxische Asbest, welches beim grössten Rückversicherer Swiss Re in der höchsten Risikoklasse wie der Mobilfunk 5G gelistet ist. Wie die Geschichte damals ausging, wissen wir heute bestens, auch wer für die Schäden leiden und zahlen musste - Wollen wir so ein Szenario wieder???



Der Verfasser:

Freiheitliche Bewegung Schweiz

Christian Oesch, Vizepräsident

Christian.Oesch@FBSchweiz.ch

+41 79 329 2448



In Zusammenarbeit mit:

Beat Wälti, *MBA-IMC, Senior Advisor, eidg. dipl. Betriebswirt, Umweltfachmann SVU*

Telekombranche will Hilfe vom Bund bei Aufklärung über 5G-Risiken

SWI swissinfo.ch

Anmelden Suchen Menü



▲ Die Angst vor 5G ist bei vielen Schweizerinnen und Schweizern gross: Demonstration in Genf Anfang 2020 (Archivbild). KEYSTONE/MARTIAL TREZZINI sda-ats

24. Juni 2021 - 18:30

(Keystone-SDA) Die Telekombranche fordert mehr Unterstützung vom Bund bei der Aufklärung über die Gesundheitsrisiken der neuen

Mobilfunktechnologie 5G. Dazu gebe es 4000 bis 5000 Studien, sagte Swisscom-Chef Urs Schaeppi am Donnerstag an einer Branchenveranstaltung des Telekomverbandes Asut.

"Warum kommuniziert nicht mal die kompetente Behörde über die Gesundheitsstudien?" Dann hätten die Gemeindebehörden Argumente in der Diskussion mit der lauten Minderheit der 5G-Gegner auf den Gemeindeversammlungen. "Wenn ich über Gesundheit rede, sagen alle, der spricht aus Eigennutz", so der Swisscom-Chef.



Ins selbe Horn stiess Sunrise-Chef André Krause: Der Bund hätte
der Bevölkerung mal darlegen müssen, was 5G eigentlich sei und was es nicht sei. "Viele Fakten sind verdreht. Das 5G-Netz strahlt viel weniger als das 4G-Netz und es strahlt nicht permanent."

Diese laute Minderheit bringe immer wieder falsche Argumente vor und tue dies ohne Gegenrede. Damit habe sie es geschafft, eine Stimmung entstehen zu lassen, dass "wir heute bei der Strahlenverordnung keine sinnvolle Diskussionen mehr führen können", sagte Krause. Viele Politiker würden heute diese Diskussionen scheuen, weil sie nicht in einen Graben treten wollten, aus dem sie nicht mehr herauskämen.

Bakom: Bund hat verschiedene Rollen

Der Direktor des Bundesamtes für Kommunikation (Bakom), Bernard Maissen, erwiderte, der Bund habe zwei Rollen. Einerseits stelle er die Frequenzkonzessionen zur Verfügung. Andere Stellen beim Bund seien für die Gesundheit und die Vorsorge zuständig. "Das beisst sich ab und zu."

Zudem "haben wir das föderale System", sagte Maissen. Die Baubewilligungen stelle nicht der Bund zur Verfügung sondern die Behörden in den Gemeinden und in den Kantonen. "Da sind Leute nah an der Bevölkerung und vielleicht weniger wagemutig als die Branche selber."

Der Bakom-Direktor spielte den Ball an die Mobilfunkbranche zurück: "Es ist nicht die Aufgabe des Bundes, der Bevölkerung zu erklären, welche Vorteile 5G bringt." Letztlich müssten die Anbieter sagen, was die Vorteile, die Anwendungen und die Gewinne der neuen Technologie seien.

Durchsetzung des Rechts gefordert

Swisscom-Chef Schaeppi forderte vom Bund die Durchsetzung des

It-Chef Pascal Grieder sagte: "Ich bin relativ pessimistisch, was unsere Fähigkeit angeht, die breite Masse mit Fakten zu überzeugen. Bis jetzt hat das nicht gut funktioniert. Ich bin überzeugt, dass wir auf einen Datenstau zulaufen."

In drei Jahren dürfte die Netzqualität nicht mehr so gut sein wie heute. "Es ist wie beim Klimawandel. Wir müssen es zuerst spüren, bevor etwas geht", sagte Grieder.

Schlagworte: WIRTSCHAFT



Über uns

Jahresbericht SWI swissinfo.ch 2020

Impressum

Datenschutzerklärung

Newsletter

Kontakt

Offene Stellen

Folgen Sie uns



Unternehmenseinheiten der SRG

SWI swissinfo.ch -
Zweigniederlassung der
Schweizerischen Radio- und
Fernsehgesellschaft



RTS

SRF

RSI

RTR